

Stellungnahme

zur Energy Sector Inquiry

Preliminary Report

der EU-KOM DG Competition

vom 16.02.2006

Gasmarkt

Essen, 02.05.2006

Die im vorläufigen Bericht (Preliminary Report) vom 16.02.2006 der EU-Kommission über ihre Untersuchung des Energiesektors herausgearbeiteten Ergebnisse zur Wettbewerbssituation im EU-Erdgasmarkt stimmen mit unseren Erfahrungen auf dem deutschen Erdgasmarkt vollkommen überein. Die Ergebnisse des vorläufigen Berichtes werden von einigen Stellen in Deutschland dahingehend kritisiert, dass ein veraltetes Bild von vor der Einführung des Energiewirtschaftsgesetzes im Jahr 2005 gezeichnet werde. Aber tatsächlich funktioniert der Wettbewerb im deutschen Gasmarkt nach wie vor nicht.

Die im Bericht herausgearbeiteten fünf Hauptprobleme (hoher Marktkonzentrationsgrad, starke vertikale Verflechtung, fehlende grenzüberschreitende Marktintegration, Marktintransparenz und nicht wettbewerbsgerechte Preisbildung) treffen voll inhaltlich auch heute noch auf den deutschen Gasmarkt zu.

In der nachfolgenden Stellungnahme wird der aktuelle Status im deutschen Gasmarkt bezüglich der genannten Hauptprobleme erläutert. Daraus schlussfolgernd werden Lösungsvorschläge unterbreitet, die im Ergebnis der Sektoruntersuchung umgesetzt werden müssten, damit wirklich ein europäischer Gasbinnenmarkt mit wirksamem Wettbewerb entsteht.

Zu den Hauptproblemen im Einzelnen:

1. hohe Marktkonzentration

Der deutsche Gasmarkt ist nach wie vor durch ein sehr hohes Maß der Konzentration der Marktmacht in den Händen weniger Unternehmen gekennzeichnet. Der zur Vorbereitung des Energiegipfels bei Bundeskanzlerin Merkel am 03.04.2006 vom Bundesministerium für Wirtschaft und vom Bundesministerium für Umwelt vorgelegte „Statusbericht für den Energiegipfel“ vom März 2006 führt in Punkt 4.2 „Anbieterstruktur, Marktzugang, Wettbewerb“ aus, dass in der importierenden Ferngasstufe fünf Unternehmen den überwiegenden Gasbedarf Deutschlands decken (die E.ON Ruhrgas allein deckt den deutschen Gasbedarf zu ca. 55 %, die anderen vier Unternehmen haben Anteile zwischen 5 und 16 %). Nachgeschaltet sind diesen Importunternehmen ca. 30 regionale Gasversorgungsunternehmen und 700 lokale Endverteiler. Unterschlagen wird in dem Statusbericht jedoch das hohe Maß an Unternehmensbeteiligungen einiger der genannten Gasimportunternehmen an den nachgeschalteten regionalen und Endverteilern. Auch zahlreiche regionale Gasversorgungsunternehmen sind ihrerseits beteiligt an lokalen Endverteilern. Dadurch ist die Marktkonzentration im Erdgasmarkt in Deutschland noch weit höher als im o. g. Bericht der Bundesministerien vermittelt. Potenziert wird die wettbewerbsbehindernde Marktkonzentration noch durch langfristige Gaslieferverträge zwischen den Gasimportgesellschaften und den Weiterverteilern (Citygate- und Regiogate-Verträge), durch die nicht nur gesellschaftsrechtlich verbundene Gasversorger, sondern auch fremde mit den Gasimportgesellschaften langfristig (bis zu 15 Jahre) verbunden sind. Das Volumen dieser Verträge beträgt nach eigenen Aussagen aus der Gasbranche ca. 95 % des Gesamtgasabsatzes in Deutschland.

Das Bundeskartellamt führt derzeit ein Musterverfahren durch, von dessen Erfolg abhängt, ob diese Verträge ab dem Gaswirtschaftsjahr 2006/2007 dem Wettbewerb geöffnet werden müssen. Zugleich ist jedoch in den zwischen der Bundesnetzagentur und den Branchenverbänden der Gaswirtschaft BGW/VKU am 31.01.2006 vereinbarten Grundsätzen zum neuen Netzzugangsmodell (Entry-/Exit-Modell) festgehalten, dass auch im Rahmen der neuen Netzzugangsbedingungen an diesen Verträgen zunächst festgehalten werden kann. Aus diesem Grund wird in diesen Grundsätzen den Netzbetreibern die Option eingeräumt, neben dem von der Bundesnetzagentur vorgeschlagenen gesetzeskonformen Entry-/Exit-Modell (Kapazitätsbuchung vom Endkunden mittels Ausspeisevertrag bis zum virtuellen Handelspunkt im überregionalen Fernübertragungsnetz) auch zukünftig den Netzzugang über Regio- und Citygateverträge (Kapazitätsbuchung vom virtuellen Handelspunkt zum Regiogate bzw. Citygate) anbieten zu dürfen.

Lösungsansätze:

- Untersuchung von Unternehmensfusionen und ggf. Durchführung von Verfahren wegen möglicher Verstöße gegen das Verbot wettbewerbsbeschränkender Verhaltensweisen und einer missbräuchlichen Ausnutzung von Marktmacht (Kartellverfahren) auf nationaler und europäischer Ebene
- Verordnung von Gas-Release-Programmen unter Auswertung der Erfahrungen bisher durchgeführter Programme. Hier ist insbesondere auf die Randbedingungen der Optionen (Preisstellung, Lieferort, Marktzugang) zu achten, um potenziellen Teilnehmern an den Gas-Release-Programmen attraktive und nicht diskriminierende Bedingungen zu bieten.
- Prüfung, ob die Festlegung zulässiger Marktanteile einzelner Unternehmen den Wettbewerb fördern können oder aber dazu führen, dass die Schwächung der Marktmacht der bisherigen dominierenden Gasversorger tatsächlich zu einem Anstieg der Preise bei den Gasproduzenten und damit auch für die Endkunden führt.
- Festlegung von Regeln für die zeitliche und mengenmäßige Begrenzung langfristiger Gaslieferverträge von Importunternehmen mit Weiterverteilungs- und Endverteilungsunternehmen.

2. Vertikale Verflechtung:

Der Zwischenbericht der Sektoruntersuchung stellt fest, dass mangelnde Wahlfreiheit im Gasmarkt für die Verbraucher herrscht, weil Neuanbieter nur schwer auf dem Markt Fuß fassen können. Infrastruktur- und Versorgungsaufgaben der Gasunternehmen sind nur unzureichend voneinander getrennt (vertikale Abschottung). Dies trifft auch auf den deutschen Gasmarkt nach wie vor zu. Die ersten Unternehmen haben zwar gemäß neuem Energiewirtschaftsgesetz erste Schritte zur gesellschaftsrechtlichen Trennung von Netzbetrieb und übrigen Unternehmensbereichen unternommen, doch selbst in diesen Fällen wird die von der EU-Richtlinie vorgegebene Entflechtung zum Teil nur den Buchstaben nach und nicht dem Inhalt

nach vollzogen. Wenn z. B. die Despatching-Zentrale eines Gasversorgungsunternehmens auch nach der Gründung einer selbständigen Tochtergesellschaft für den Netzbetrieb nicht dieser, sondern weiterhin der Muttergesellschaft, zu der auch der Handelsbereich gehört, untersteht, so ist der Sinn, den die EU-Gasrichtlinie mit der Trennung bezweckt nicht erreicht - nämlich der diskriminierungsfreie Netzzugang für alle Netzkunden. Der betroffene Gasversorger ist mit seiner eigenen Handelstochter bei direktem Zugriff auf die Despatching-Zentrale immer im Vorteil gegenüber dritten Netzkunden der ausgegliederten Netzgesellschaft. Die mangelnde Wahlfreiheit für die Verbraucher wird auch dadurch eingeschränkt, dass im deutschen Gasnetzbereich nach wie vor kein wirksamer Wettbewerb existiert und damit die vertikale Abschottung manifestiert bleibt.

Die EU-Beschleunigungsrichtlinie wurde in Deutschland erst im Juli 2005 mit einem Jahr Verspätung und bislang unzureichend durch das neue Energiewirtschaftsgesetz umgesetzt. Dies wird an den von der Bundesnetzagentur am 31.01.2006 veröffentlichten „Grundsätzen“ für den Gasnetzzugang deutlich. Diese Grundsätze sollen bis zum Beginn des Gaswirtschaftsjahres 2006/2007 die rechtzeitige Implementierung eines wettbewerbsgerechten und gesetzeskonformen Entry-/Exit-Modells (Zwei-Vertrags-Modell - nur Entry- und Exit-Vertrag notwendig) sicherstellen. Diese in Verhandlungen zwischen der Bundesnetzagentur und den Verbänden der Gasnetzbetreiber BGW und VKU erarbeiteten „Grundsätze“ sind allerdings nicht hinreichend, um das gesteckte Ziel zu erreichen.

Ein funktionsfähiges und wettbewerbsförderndes Entry-/Exit-Modell wird es auf der Basis dieser „Grundsätze“ nicht geben können. Vielmehr sollen separate Entry-/Exit-Modelle in jedem der 20 (!) für Deutschland vorgesehenen Marktgebiete eingerichtet werden. Neuesten Informationen der Gasbranche zufolge liegen sogar 29 Anträge für die Bildung eines Marktgebietes bei der BNetzA vor. Das wäre mehr als das dreifache der ursprünglich von der BNetzA maximal zugelassenen Marktgebiete (acht). Für Transporte zwischen einzelnen Marktgebieten müssen Entry-/Exit-Kapazitäten von den Händlern separat gebucht werden. Damit zementieren diese Modellgrundsätze weiterhin ein transportpfadabhängiges Punkt-zu-Punkt-Modell für den deutschen Gasmarkt, wie es bisher bereits praktiziert wird. Dieses Modell führt nicht zum Wettbewerb, wie die Erfahrung zeigt, und schützt nur die alten Lieferketten (Vertriebspartnerschaften).

Vor dem Hintergrund dieser Grundsätze für das neue Netzzugangsmodell vom 31.01.2006 haben BDI, bne, EFET Deutschland, GEODE, VEA und VIK in einer Stellungnahme an die Bundesnetzagentur und das BMWi ihr Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass der gesetzeskonforme Beginn eines wirksamen Wettbewerbs im deutschen Gasmarkt ab 01.10.2006 aller Voraussicht nach nicht mehr möglich sein wird. Um dies zu verhindern, sollte der Zeitplan der Bundesnetzagentur stark überarbeitet werden. Wesentliche inhaltliche Kritikpunkte an den Modellgrundsätzen der BNetzA sind im Einzelnen neben der hohen Zahl der Marktgebiete auch die zusätzliche Buchungspflicht von Ein- und Ausspeisekapazitäten an Marktgebietsübergängen für Händler, das Beibehalten von zwei Optionen für die Kapazitätsbuchung und

die viel zu späte Einführung des Modells. Die ausführliche Stellungnahme ist als **Anlage 1** beigelegt.

Die BNetzA hat nun zur Vorlage von Entwürfen für die zur Umsetzung der „Grundsätze“ notwendigen Kooperationsverträge der Netzbetreiber aufgefordert.

Mitte März legte GEODE gemeinsam mit der Netznutzerallianz der Bundesnetzagentur entsprechende Vertragsentwürfe vor, die in enger Anlehnung an die praktischen Erfahrungen im Stromnetzbereich übersichtlich und einfach handhabbar gestaltet sind.

Am 23.03.2006 legten BGW/VKU der BNetzA ihre ersten Vertragsentwürfe vor, die den Netznutzern offiziell nie übergeben wurden. Die Bundesnetzagentur hat die Entwürfe nach einem Gespräch mit BGW/VKU zurückgewiesen und in einem achtseitigen Schreiben des Vizepräsidenten der BNetzA vom 03.04.2006 umfangreiche und detaillierte Veränderungen und Nachbesserungen gefordert. Am 13.04.2006 übermittelten BGW/VKU ihre zweiten Vertragsentwürfe an die BNetzA, welche diese am gleichen Tag den Netznutzern zuleitete, die sie zugleich zu einem Konsultationsgespräch am 24.04.2006 einlud.

In der Konsultationskreissitzung am 24.04.2006 haben GEODE und die Netznutzerverbände-Allianz in einem gemeinsamen Statement (**Anlage 2**) die Entwürfe der Kooperationsvereinbarung von BGW/VKU (Stand 13.04.2006) als nicht gesetzeskonform zurückgewiesen. Zugleich haben sie alternativ die Anerkennung der GEODE/Verbändeallianz-Vertragsentwürfe als alleinige Grundlage für das Zwei-Vertrags-Modell gefordert.

Festzuhalten ist, dass beide Entwürfe von BGW/VKU nahezu vollständig wortidentisch sind. BGW/VKU haben den Forderungen der Bundesnetzagentur in keiner Weise Rechnung getragen. Zudem haben GEODE und Netznutzerallianz (BDI, bne, EFET, VEA und VIK) festgestellt, dass der BGW/VKU-Vorschlag das transaktionsabhängige Punkt-zu-Punkt-Modell nach wie vor zugrunde legt und damit im Widerspruch zum Gesetz steht. Den Forderungen des § 20 Abs. 1 b) des EnWG nebst Verordnungen wird damit nicht Rechnung getragen.

Wesentliche Kritikpunkte aus Sicht der Netznutzer an den BGW/VKU-Vorschlägen vom 13.04.2006 sind:

- Nebeneinander von Zwei-Vertrags-Modell und Options-Modell (Citygate-/Regiogate-Modell) statt Optionsmodell nur als Ausnahme
- uneingeschränkte verbindliche Zusammenarbeit der Netzbetreiber nur innerhalb der Marktgebiete
- bei marktgebietsüberschreitenden Transporten nach wie vor Punkt-zu-Punkt-Modell mit Buchung von Einzelkapazitäten für Ein- und Ausspeisung jeweils an den Marktgebietsgrenzen
- zu große Zahl der Marktgebiete (BGW/VKU sehen sich nach Aussage von BGW-Präsident Feist nicht in der Lage, weniger als 29 Marktgebiete anzubieten)
- beschriebenes Gleichpreisigkeitsverfahren ist sehr intransparent und vermutlich ungeeignet

- Einbindung der Speicher in Subbilanzkreise (hier liegt die große Gefahr der Einpreisung von stranded investments in Netzzugangsentgelte vor)

Die Netznutzerallianz fordert zudem eine klare Aussage der Bundesnetzagentur, dass allein die Netzbetreiber entscheiden, ob sie nur das Zwei-Vertrags-Modell oder ergänzend dazu das Options-Modell für den Netzzugang zu ihrem Netz anbieten möchten. Hierzu hat Professor Säcker bereits in einem der Bundesnetzagentur zugearbeiteten Gutachten ausgeführt, dass schon als Folge der gesetzlich vorgeschriebenen Entflechtung von Transport- und Handelsbereichen nur der Netzbereich hier entscheidungsbefugt ist und nicht der verbundene Handelsbereich.

Im Ergebnis der kontrovers geführten Diskussion im Konsultationskreis hat der Präsident der Bundesnetzagentur festgelegt, dass in einem kleinen, aus sechs Personen bestehenden Arbeitskreis abschließend ausgelotet werden soll, ob und an welchen Stellen Kompromisslösungen zwischen den GEODE-/Netznutzerallianz-Vorschlägen und den BGW/VKU-Vorschlägen zu den Kooperationsverträgen noch möglich erscheinen. An diesem Gespräch am 02.05.2006 wird auch ein Vertreter der Netznutzerallianz (VIK) teilnehmen. Die Bundesnetzagentur hält weiter daran fest, zum 01.06.2006 die Verträge zu veröffentlichen.

Lösungsvorschläge:

- Forderung der Umsetzung der EU-Beschleunigungsrichtlinie über die rechtliche Entflechtung integrierter Unternehmen nicht nur dem Wortlaut, sondern auch dem Wirken nach.
- Kurzfristige intensive Prüfung in allen Mitgliedsstaaten, ob die gesellschaftsrechtliche Entflechtung (wenn sie wirkungsgerecht gemäß Beschleunigungsrichtlinie umgesetzt ist) ausreicht, um die Unabhängigkeit des Netzbetreibers zur Sicherung diskriminierungsfreien Netzzugangs herzustellen. Andernfalls muss die Unabhängigkeit der Netzbetreiber mit weitergehenden Maßnahmen hergestellt werden.
- Prüfung, ob die nationalen Regulierungsbehörden mit größeren Vollmachten, beispielsweise zur Vorgabe von Netzzugangsmodellen, zugehörigen Verträgen etc. auszustatten sind.

3. Fehlende grenzüberschreitende Marktintegration

Der Zwischenbericht der Sektoruntersuchung hat festgestellt, dass grenzüberschreitender Wettbewerb im Gasmarkt so gut wie nicht stattfindet, weil der Zugang zu grenzüberschreitenden Rohrleitungen langfristig vertraglich reserviert ist. Nachgewiesen wird im Bericht auch, dass diese Reservierungen bei Weitem nicht durch physische Gasflüsse genutzt werden. Dies trifft so auch auf den deutschen Gasmarkt zu. Ausländische Lieferanten erhalten nur sehr eingeschränkt Kapazitäten, um Erdgas für Kunden in Deutschland liefern zu können. Die Ampeln an den Einspeisestellen stehen überwiegend auf rot, d. h. es ist keine freie Kapazität verfügbar. Gleiches gilt häufig auch für Speicherkapazitäten und die Bereitstellung von Bilanzenergie. Industrielle Gaskunden bemängeln in Deutschland auch, dass sie häufig den Versorger

nicht wechseln können, weil die Transportkapazität in vorgelagerten Netzen bis zum Grenzübergangspunkt vom bisherigen Lieferanten nicht auf den neuen übertragen wird. Begründet wird dies seitens der Netzbetreiber mit mangelnder Kapazität, obwohl der betreffende Kunde auch bisher mit Gas versorgt wird und sich sein Bedarf beim Versorgerwechsel nicht ändert. Die sog. „Rucksackregel“ zur Transportkapazitätsübertragung funktioniert also bisher nicht.

Lösungsvorschläge:

- Erhöhung der Transparenz der Netz- und Speicherauslastung durch geeignete Regelungsvorgaben
- Einführung einer effizienten, d. h. kurzfristig wirksamen Regel zur Freigabe ungenutzter Kapazitäten aus langfristigen Verträgen (zumindest als unterbrechbare Kapazitäten)
- Entwicklung von Regeln zur Schaffung grenzüberschreitender internationaler Marktgebiete mit dem Ziel, nach einer angemessenen Übergangsperiode einen europäischen Erdgas-Binnenmarkt wirklich zu erreichen

4. Mangel an Transparenz

Der Zwischenbericht zur Sektoruntersuchung kritisiert, dass Neuanbieter keinen Zugang zu Informationen haben, die für einen wirksamen Wettbewerb unerlässlich sind. Dies trifft auch nach wie vor auf den deutschen Erdgasmarkt zu, der durch erhebliche Intransparenz sowohl bei den Pipelinekapazitäten (gebucht bzw. physisch ausgelastet) als auch bei den Speicheranlagen (Auslastungsgrad usw.) gekennzeichnet ist. Unklar ist weiterhin, welcher Anteil der Speicherkapazitäten von den jeweiligen Netzbetreibern zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben benötigt wird und insofern gemäß EU-Richtlinie und EnWG nicht dem Wettbewerb zur Verfügung gestellt werden muss.

Erschwerend für den Wettbewerb kommt hinzu, dass im deutschen Energiewirtschaftsgesetz von 2005 für den Speichermarkt die Option des verhandelten Speicherzugangs gemäß EU-Richtlinie festgelegt worden ist. Dies stellt sich bereits jetzt bei der Einbindung der Speicher in das neue Netzzugangsmodell als Wettbewerbshemmnis heraus. Hier entziehen sich die Speicherbetreiber teilweise der durchaus wettbewerbsgerechten Forderung der Bundesnetzagentur, dass alle Speicherkapazitäten an den virtuellen Handelspunkt des jeweiligen Marktgebietes zu koppeln sind. Mit Berufung auf den verhandelten Speicherzugang versuchen insbesondere regionale Speicherbetreiber ihre Kapazitäten in nachgelagerte Bilanzkreise einzubinden. Damit sind Kunden in diesen Subbilanzkreisen gezwungen, teure Regionalspeicher für den Bilanzausgleich oder die Strukturierung zu buchen. Dagegen spricht, dass auch regionale Speicher ihre netzentlastende Wirkung bis in vorgelagerte Netze hinein entfalten können und demzufolge auch dort in Bilanzkreise einbeziehbar wären. Nur müssten sie dort gegen größere und möglicherweise effizientere Speicheranlagen konkurrieren.

Lösungsvorschläge:

- Auflagen an die Netz- und Speicherbetreiber zur Veröffentlichung aller notwendigen Daten auf täglicher Basis über Netzzugang, Netzkapazitäten, Transitzapazitäten und Speicherkapazitäten.

5. Preisbildungsmechanismen nicht auf Grundlage von effektivem Wettbewerb

Der Zwischenbericht der Sektoruntersuchung stellt fest, dass die Preisbildungsmechanismen im Gasmarkt nicht zu wettbewerbsinduzierten Preisen führen. Dies trifft in Deutschland sowohl für die Erdgaspreise als auch für die Netzentgelte zu.

Die deutschen Erdgaspreise sind nach wie vor in nahezu allen Abnahmefällen im europäischen Vergleich mit die höchsten. Der bereits o. g. „Statusbericht für den Energiegipfel am 03.04.2006“ greift dies auch auf.

Der Bericht stellt leider auch in diesem Punkt wieder nur auf die in der Folge der Ölpreissteigerungen angestiegenen inländischen Gaspreise ab. Die im Bericht erwähnte „Gaspreisgleitklausel, die eine Preisbildung nach dem Anlegbarkeitsprinzip vorsieht ...“ beinhaltet jedoch nicht nur, dass der Gaspreis proportional mit dem angelegten Ölpreis steigt oder sinkt. Die Gaspreisgleitklausel legt zugleich auch den Abstand zwischen Gaspreis und angelegtem Ölpreis fest. Genau diese Festlegung führt jedoch dazu, dass die deutschen Erdgaspreise regelmäßig zu den höchsten in Europa gehören. Dies galt gleichermaßen auch zu Zeiten niedrigerer Ölpreise, zu denen sich die Preise auch in den anderen europäischen Ländern natürlich auf niedrigerem Niveau befanden.

Die Aussage des Berichtes, dass die industriellen Gaspreise in Deutschland im vergangenen Jahr zu den niedrigsten in Europa zählten, ist so nicht richtig. Sie trifft lediglich für den im Bericht in Abb. 20 dargestellten Abnahmefall (500 Mio. kWh/a; 330 bis 200 Tage Lieferung) von Energy Advice zu. Bei anderen - auch vom gleichen Autor - veröffentlichten Abnahmefällen, wie im übrigen auch bei allen Abnahmefällen in vorangegangenen Jahren, sind die deutschen Industrie-Erdgaspreise regelmäßig mit die höchsten in Europa. Insofern ist die hier getroffene Aussage des Berichtes irreführend und tendenziös und gibt kein objektives Bild der Erdgaspreissituation für die deutschen Industrie- und Gewerbetunden wieder.

Auch die Netzzugangsentgelte in Deutschland sind im europäischen Vergleich gemäß EU-Benchmark-Bericht mit die höchsten. Hinzu kommen nicht plausible Unterschiede innerhalb der deutschen Netzzugangsentgelte, die entsprechend einem von VIK durchgeführten Entgeltvergleich Spreizungen zwischen den Netzbetreibern von bis zu über 300 % aufweisen. Ob und wann die jetzt gemäß Energiewirtschaftsgesetz geforderte Genehmigungspflicht der Entgelte durch die Bundesnetzagentur zu spürbaren Netzentgeltsenkungen führt, ist nicht klar erkennbar. Die zunächst von einigen Netzbetreibern veröffentlichten Entgelte nach Entry-/Exit-Modellen zeigen jedenfalls, dass hier keine Entgeltsenkungen erfolgt sind. Vielmehr haben die

Netzbetreiber ihre rechnerischen Einnahmen nach dem bisher geltenden Punkt-zu-Punkt-Modell bzw. Briefmarkenmodell aus der Verbändevereinbarung Erdgas einfach mathematisch mit Hilfe einer Matrix auf Ein- und Ausspeiseentgelte nach dem Entry-/Exit-Modell umgelegt.

Ein weiterer Schwachpunkt des deutschen Energiewirtschaftsgesetzes ist die Möglichkeit überregionaler Gasnetzbetreiber, bei Nachweis von bereits potentielltem Leitungswettbewerb eine Ausnahmegenehmigung von der kostenorientierten Kalkulation ihrer Netzzugangsentgelte zu erwirken. Diese Entgelte sind dann lediglich einem Benchmarkverfahren zu unterwerfen. Nach den kürzlich vorgelegten Interpretationsleitlinien der EU-Kommission zur Umsetzung der EU-Gasnetzzugangsverordnung, die am 01.07.2006 in Kraft tritt, soll jedoch ein Benchmarksystem lediglich ergänzend, nicht jedoch alternativ zur kostenorientierten Entgeltermittlung angewandt werden. Insofern steht die im deutschen EnWG und der dazugehörigen Verordnung verankerte alternative Ermittlung der Netzzugangsentgelte in deutlichem Widerspruch zur EU-Verordnung.

Lösungsvorschläge:

- Schnelle und konsequente vollständige Öffnung des Gasmarktes, um wirksamen Wettbewerb einzuführen und so neuen Anbietern und Produzenten Zugang zu den Endkunden im Wettbewerb zu den bisherigen Versorgern zu verschaffen.
- Untersagung langfristiger Gaslieferverträge zwischen Gasimportgesellschaften und Weiterverteilern und damit Eröffnung auch von Wettbewerbschancen für den Gaseinkauf dieser Gaskunden. In der Folge versetzt das die Weiterverteiler und Endverteiler dann in die Lage, günstigere Einkaufsbedingungen auch an ihre Endkunden weiterzureichen und so im Wettbewerb auch gegen Neuanbieter zu bestehen.
- Maßnahmen gegen angestammte Kapazitätsrechte aus Monopolverträgen (auf wettbewerbsrechtlicher und Regulierungsebene), um neuen Anbietern den Netzzugang zu ermöglichen.
- Wettbewerbsrechtliche Untersuchung der Gaspreisbildung unter Einbeziehung beider Bestandteile des Anlegbarkeitsprinzips, d. h. sowohl der Kopplungskomponente der Preisformel, die die Bewegung des Gaspreises mit dem angelegten Preis (Ölpreis) bewirkt, als auch der Preiskomponente der Preisformel und weiterer Vertragsklauseln (z. B. Leistungspreis, Grundpreis usw.), die für die Höhe des Gaspreises ausschlaggebend sind.
- Schnelle Schaffung eines massengeschäftstauglichen und damit börsenfähigen Netzzugangs im Erdgasmarkt, damit sich Börsenpreise für Erdgas als transparenter Indikator für wettbewerbsgerechte Gaspreise und Durchleitungsentgelte herausbilden.